Christliche Gruppe fürchtet Islamisierung Syriens

11. August 2026



Seit anderthalb Jahren regiert in Syrien die Übergangsregierung des früheren Islamistenführers Al-Scharaa. Eine christliche Initiative sieht in dem Land weiter viel Schatten – und nur wenig Licht.

Wien (KNA) Anderthalb Jahre nach Antritt der Übergangsregierung in Syrien warnt eine christliche Initiative vor einer schleichenden Islamisierung des Landes. Diese werde nicht offiziell zum Programm erklärt, um nicht die Glaubwürdigkeit bei westlichen Regierungen zu verlieren, erklärte der Arzt und Mitbegründer des syrischen Hilfswerks „Blaue Maristen“, Nabil Antaki, in einem Schreiben, das der österreichischen Nachrichtenagentur Kathpress vorliegt. Doch auf der Ebene von Regionalverwaltungen gebe es entsprechende Entscheidungen etwa zu Verschleierungspflichten, Alkoholverboten oder auch dem Bau von Moscheen auf Universitätsgeländen.

Das neue Parlament werde von islamistischen Strömungen dominiert, so Antaki. Vertreter der ehemaligen salafistischen Rebellengruppen machten ein Drittel der Versammlung aus; weitere 40 seien Mitglieder der Muslimbruderschaft, der Rest wurde ausgewählt, um eine

gewisse gerechte Vertretung der Regionen sowie der ethnischen und religiösen Minderheiten zu gewährleisten. Es gebe aber kein Mitglied der demokratischen und säkularen Opposition gegen das Assad-Regime im neuen Parlament.

Christen seien mit sechs Abgeordneten vertreten, darunter drei Frauen. Vier dieser christlichen Parlamentarier wurden von Übergangspräsident Ahmed Al-Scharaa ernannt, schrieb Antaki. Christen stellen nach Schätzungen weniger als drei Prozent der Bevölkerung.

Überdies beschrieb Antaki die wirtschaftliche in Syrien als katastrophal: Die Preise für Grundnahrungsmittel stiegen weiter, Mieten hätten sich in anderthalb Jahren verdreifacht. Obwohl die Gehälter schon zweimal um 200 Prozent erhöht worden seien, kämen viele Familien nicht über die Runden.

Der Vertreter der Gemeinschaft von Ordensleuten und Laien kritisierte, ausländische Investitionsversprechen seien bislang nicht umgesetzt worden. Auch verbliebene internationale Sanktionen behinderten den Wiederaufbau Syriens und die Erholung der Wirtschaft.

Lobend äußerte sich der christliche Aktivist über den Ausbau der Stromversorgung und die Digitalisierung der Verwaltung. Bei letzterem werde zudem gegen Korruption vorgegangen; die früher oft notwendigen Bestechungsgelder („Bakschisch“) für kleine Verwaltungsangelegenheiten müssten oft nicht mehr gezahlt werden.

© KNA

Bild auf pixabay

Stand: 27. November 2026